

Dresdner Nachrichten

Segründet 1856

Druckkosten: Nachrichten Dresden
Bezugspreis: 25 241
Kurs für Nachdruck: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 20. Juni 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,70 Mark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 15 Wk., für außerhalb 20 Wk., Familienanzeigen und Erlaubnisse ohne Rabatt 15 Wk., außerhalb 20 Wk., die 30 mm breite Reklameweile 200 Wk., außerhalb 250 Wk., Erlaubnisse 20 Wk., Wichtige Kufische gegen Vorauszahlung.

Schiffvermittlung und Hausvermittlung:
Marsstraße 38/42
Druck und Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden
Postfach-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Erstklassiges Restaurant
Täglich 4 Uhr: Tanz-Tee

„Barberina“

Prager Straße / Reitbahnstraße

Abends 8 Uhr: Das Parkett der
Attraktionen aller Welt

Eine verschleierte Große Koalition.

Auf Richtlinien und Programm wird verzichtet.

Ber sind die „Persönlichkeiten“?

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 25. Juni. Die Bildung der neuen Reichsregierung scheint auf dem Wege, der jetzt eingeschlagen worden ist, voranzugehen. Man spricht bereits davon, daß Herr Müller-Franken am Donnerstag oder Freitag, wenn seine unter dem Stern Dr. Stresemanns stehenden Bemühungen bis dahin das „Kabinett der Persönlichkeiten“ fertiggebracht haben, vor den Reichstag treten würde, um die Erklärung des, wie man in manchen parlamentarischen Kreisen spöttisch sagt, „Kabinetts“ zur Verlesung zu bringen. Die Mehrzahl der Fraktionen tritt, nachdem heute bereits das Zentrum tagte, am Dienstag wieder im Reichstag zusammen. Am Mittwochvormittag berät auch die Deutsche Volkspartei wieder; Herr Müller nahegehende Kreise nehmen an, daß die Volkspartei dem Kabinett, das zunächst ohne Bindung an die Fraktionen sein Leben versuchen will, keine Schwierigkeiten bereiten und den hinüberweisenden Mitgliefern Dr. Stresemann und Dr. Curtius die Genehmigung erteilen wird, wie ja auch heute bereits das Zentrum grundsätzlich beschlossen hat, den für die Kabinettsbildung vorzulegenden Mitgliefern die Genehmigung zum Eintritt in die Regierung zu geben.

Die Ministerliste

dürfte sich auf geringe Änderungen bereits fertiggestellt sein. Es wird nach den bisher vorliegenden Feststellungen etwa folgendes Aussehen haben:

Reichskanzler	Herrmann Müller-Franken
Innenminister	Severing
Außenminister	Dr. Stresemann
Finanzen	Dr. Hilferding
Wirtschaft	Dr. Curtius
Reichswehr	Gröner
Justiz	Dr. Koch-Meser oder Landsberg
Post	Dr. Schaezel
Arbeit	Dr. Brauns
Ernährung	n. Gunder
Verkehr	Wißel oder Reil

Nach einer anderen Lesart soll Reichsverkehrsminister Dr. Wirth und Reichsminister für die besetzten Gebiete v. Guérard (Zentrum) werden. Die Schwierigkeiten der Personalauswahl liegen, wie das V.D.-Büro hört, gegenwärtig in der Hauptfrage bei der Frage, wer das Reichsernährungsministerium verwalten soll. Keine der beteiligten Parteien zeigt große Neigung, gegen die Opposition der Deutschnationalen und der Bauernpartei einen Mann für diesen Posten bereit zu stellen.

Jedoch hat der Abgeordnete Müller-Franken erkennen lassen, daß im Falle, daß das Zentrum das Ernährungsministerium übernimmt, die Sozialdemokratie Anspruch darauf erheben würde, an Stelle des Reichsarbeitsministers Brauns ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion zu setzen. — Die heute von verschiedenen Zeitungen gemeldete Kandidatur des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth für den Posten des

Vizekanzlers ist nicht zutreffend, da das Zentrum den Vizekanzlerposten nicht besetzen will. Ob man Herrn Wirth für einen anderen Ministerposten, der dem Zentrum zusteht, vorschlagen wird, steht noch dahin. Allzu groß scheint im Zentrum die Neigung, Herrn Wirth in das neue Kabinett zu entsenden, nicht zu sein, wenigstens nicht ausgeschlossen ist, daß Herr Wirth es durchsetzt, daß er endlich wieder einmal einer Regierung angehört.

Man nimmt allgemein an, daß das neue Kabinett der Persönlichkeiten nicht vor Dienstag gebildet sein wird, und daß Müller-Franken noch Dienstag abend eine Rücksprache mit dem Reichspräsidenten haben wird, in der er dem Reichspräsidenten unter Umständen bereits die fertige Ministerliste vorlegen kann. An der Zustimmung der Fraktionen ist kaum zu zweifeln, doch wird die offizielle Bestätigung des Kabinetts nicht eher erfolgen können, bis sämtliche Fraktionen ihre Zustimmung zu dem Eintritt ihrer Fraktionsmitglieder in das Kabinett der Persönlichkeiten gegeben haben. Da die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei erst am Mittwoch zum Zusammentritt, ist also mit dem offiziellen Abschluß der Verhandlungen nicht vor Mittwoch zu rechnen.

Das in solcher Form präsentierte Kabinett der Persönlichkeiten ist, wenn man genauer zusieht, nichts anderes als eine verschleierte Große Koalition, der man bloß einen anderen Namen gibt, um nach außen hin die Tatsache zu verhüllen, daß man schließlich doch wieder an den Ausgangspunkt zurückgelangt ist und sich im Kreise gedreht hat. Es wäre sehr bedauerlich, wenn sich die Deutsche Volkspartei durch diese verschleierte Benennung des Kindes dazu bewegen ließe, ihrer Forderung nach einer Umbildung der preussischen Regierung nicht mehr den gleichen Nachdruck wie bisher zu geben. Auf diesen Punkt darf man besonders gespannt sein.

Die Zustimmung des Zentrums.

Berlin, 25. Juni. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat in ihrer Sitzung am Montagabend beschlossen, grundsätzlich für die Kabinettsbildung vorgeschlagenen Mitgliefern der Fraktion die Genehmigung zum Eintritt in die Reichsregierung zu geben. Die Entscheidung über die Personenfrage ist auf Dienstag vormittag zurückgestellt.

Der Plan, einem der Vertreter des Zentrums außerdem den Vizekanzlerposten zu übertragen, ist fallengelassen worden. Das Zentrum wünscht einen solchen Posten nicht zu übernehmen. Wie die ZL weiter erfährt, hat der Abg. Müller-Franken sich entschlossen, auf die Wiederbestellung eines Vizekanzlers endgültig zu verzichten. Der Abg. Müller-Franken hat sich den endgültigen Bescheid der Fraktionen bis Dienstag vormittag 11 Uhr erbeten. Der Reichspräsident soll von ihm am Dienstagabend um 7 Uhr unterrichtet werden.

Reichskrise und Preußenfrage.

Eine Schwierigkeit besonderer Art bei der Regierungskrise im Reiche ist die Preußenfrage. Hierzu ist noch eine eingehendere Betrachtung notwendig. Vor allem ist daran zu erinnern, daß die Deutschnationalen stets mit dem größten Nachdruck darauf hingewiesen haben, daß ohne eine gleichartige Zusammensetzung der Regierung in Preußen die Stabilität der Reichspolitik nicht gewährleistet werden könne. Diesen Kernpunkt der Lage betonten die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei auch in dem entscheidenden Augenblick, als die waterländische Pflicht sie Ende 1924 zum Eintritt in die Regierung berief. Die maßgeblichen Führer der Partei ließen damals keinen Zweifel darüber, daß die Beseitigung der Weimarer Koalition in Preußen und die Umbildung der dortigen Regierung auf einer dem bürgerlichen Reichskabinett entsprechenden Grundlage eine staatspolitische Notwendigkeit sei, deren Erfüllung allein imstande sei, ein erprobtes Wirken der bürgerlichen Reichskoalition zu sichern. Diese staatspolitische grundsätzliche Auffassung fand auch bei der Deutschen Volkspartei volles Verständnis, so daß von ihrer Seite ein entschlossener Schritt in der Preußenfrage getan wurde. Im Jahre 1921 hatte die Deutsche Volkspartei nach dem zu jener Zeit erfolgten Sturz der nur vom Zentrum und den Demokraten getragenen Regierung Stegerwald in Preußen nach langen Erwägungen für und wider ihre Zustimmung zum Eintritt in eine Große Koalition in Preußen gegeben, um, wie es in der Begründung hieß, „endlich einmal die Verwirklichung des Koalitionsgedankens auf breiter Basis durchzuführen, um durch die Gemeinsamkeitsarbeit so verschiedener schattierter Parteien, wie der Sozialdemokratischen und der Deutschen Volkspartei, zu einer inneren Ruhe und damit hoffentlich zur inneren Gesundung zu kommen“. Die volksparteiliche Erwartung, daß es möglich sein werde, mit der Sozialdemokratie zusammen andauernd positive Arbeit zum öffentlichen Wohle ohne agitatorische Seitensprünge zu treiben, wurde sehr bald enttäuscht, und die Deutsche Volkspartei sah sich daher in steigendem Maße in eine Lage verlegt, die sie zu der deutschnationalen Opposition im Preussischen Landtage hinüberdrängte. So standen die Dinge in Preußen, als sich im Reiche die Wendung nach rechts vollzog. Die Deutsche Volkspartei machte sich nunmehr den deutschnationalen Standpunkt bezüglich der staatspolitischen Notwendigkeit einer Gleichmäßigkeit der Regierungen im Reiche und in Preußen so völlig zu eigen, daß sie Anfang 1925 ihren Austritt aus der Großen Koalition in Preußen erklärte. Sie wurde bei diesem Vorgehen von der Hoffnung geleitet, daß damit das Schicksal dieser Gruppierung in Preußen besiegelt sein und es nunmehr dort, ebenso wie im Reiche, zur Bildung einer bürgerlichen Rechtskoalition kommen würde. Die erwartete Auswirkung des volksparteilichen Rechtsabmarsches scheiterte indessen an dem Verhalten des Zentrums, das seinen preussischen Vinkstrumpf nicht aus der Hand geben wollte. So blieb es bei einem politischen System in Preußen, das der Sozialdemokratie unter ständiger Beihilfe des Zentrums und der Demokraten ermöglichte, die Stellung der bürgerlichen Reichsregierung durch fortgesetzte Quertreibereien aller Art, insbesondere aber durch überwältigende Vorherrschaft und Bestimmungen im Reichsrat auszuhebeln und zu erschüttern.

Es kann von keiner Seite ernstlich bestritten werden, daß gerade die unaufhörliche Feindseligkeit der sozialdemokratischen Preußenregierung wesentlich dazu beigetragen hat, die Krise im Reiche und das vorzeitige Reichstagsende herbeizuführen. Auf Grund dieser Erfahrung sah sich die Deutsche Volkspartei bewogen, ihre Teilnahme an der Großen Koalition im Reiche an die Bedingung zu knüpfen, daß dieselbe Kombination auch in Preußen verwirklicht würde. Wenn schon ein verhältnismäßig so festes Gebilde, wie es die verflorenen bürgerliche Reichsregierung war, durch die Intrigen der preussischen Weimarleute in ihren Grundfesten wankend gemacht werden konnte, so leuchtet ohne weiteres ein, wieviel weniger Widerstandsfähigkeit gegen preussische Hintertreppenspolitik eine in ihrer ganzen Struktur so sehr brüchige Große Koalition zu entwickeln vermöchte. Die Deutsche Volkspartei hat aus dieser Erkenntnis die richtige Folgerung gezogen, indem sie ihre Forderung nach einer doppelten Großen Koalition aufstellte. Die Antwort, die der preussische Ministerpräsident Braun darauf erteilt hat, ist bezeichnend für den Stärkegrad der reinen Parteimachtpolitik, welche die Sozialdemokratie betreibt. Zuerst hatte Herr Braun wenigstens das allgemeine gebaltene Jugerändnis gemacht, daß die preussische Staatsregierung „zu gegebener Zeit“ der Frage näherzutreten werde, ob sich die Preußenkoalition durch den Eintritt der Deutschen Volkspartei erweitern lasse. Dann aber wurde ihm offenbar von Partei wegen eröffnet, daß er soweit entgegengedehnt sei, und so erfolgte

Warum Nobile zuerst gerettet wurde.

Sein Bericht nach Rom.

Rom, 25. Juni. Ein Funkpruch des Kommandanten der „Citta di Milano“, der um 1 Uhr früh in Rom eintraf, gibt folgende Einzelheiten über die Rettung Nobiles. Bei seiner ersten Landung konnte der Flieger Lumborg den Techniker Cerioni nicht mitnehmen, da dieser zu schwer war. Deswegen hatte Lumborg bei seinem zweiten Flug seinen Begleiter nicht mehr mitgenommen. Nach dem Abflug Nobiles kam er zum Leutnant zur See Sigilevi den Bericht über die zurückgebliebene Gruppe. Von der „Citta di Milano“ wurde folgende Mitteilung über den Zustand Nobiles bekanntgegeben: Unvollständiger Bruch des rechten Schenkelbeines mit geringer Verletzung der Knochenstelle, der jedoch bereits in völliger Besserung sei; Verrenkung des rechten Fußes mit Sehnenreizung. Der Heilungsprozess wird wahrscheinlich 40 Tage dauern. Um 2 Uhr früh kam ein Bericht Nobiles selbst, der folgendermaßen lautet:

Als Leutnant Lumborg bei unserem Hekt Landete, sagte ich ihm, er solle erst Cecloni mitnehmen, dann Behnke, dann Troiani und dann mich selbst, und endlich Sigilevi und Diagi. Lumborg lehnte dies ab und teilte mir mit, er habe Befehl erhalten, zuerst mich mitzunehmen, damit ich die zu der Suche nach den anderen nötigen Angaben machen könnte. Er und meine Kameraden befanden darauf, daß ich zuerst abfliegen sollte. Diese konnten, dies würde sie verurteilen. Ich gab widerwillig nach. Vor meinem Abflug

übergab ich Leutnant Sigilevi das Kommando. Die Stimmung meiner Kameraden ist ausgezeichnet. Ich hoffe, daß ich sie bald werde amarmen können.

Amundsens Aufenthaltsort festgestellt.

Riga, 25. Juni. Wie aus Rostau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung einen Funkpruch des auf der Suche nach Amundsen befindlichen russischen Eisbrechers „Walugin“ erhalten, wonach es gelungen sei, den Aufenthaltsort Amundsens festzustellen. Das an Bord befindliche Funkerzeugnis werde versuchen, bei Amundsen zu landen, um ihn an Bord des Schiffes zu bringen.

Oslo, 25. Juni. Wie aus Kingsbay gemeldet wird, hat der dort eingetroffene norwegische Dampfer „Aurica“ unterwegs einen Funkpruch aufgenommen, der mit dem S.O.S. Signal begann, sich jedoch nicht weiter entziffern ließ. Man glaubt, daß der Funkpruch von Amundsen stammt. Ein längerer Erkundungsflug des Majors Penzo zur Auffindung Amundsens ist trotz guter Sicht erfolglos geblieben. — Wie weiter gemeldet wird, ist es noch immer unklar, wieviel Mann sich jetzt noch in Nobiles Lager auf dem Eise befinden. Die eine Meldung spricht von zwei Italienern und dem verunglückten schwedischen Reiter, eine andere Meldung besagt, daß drei Italiener, der tschecho-slowakische Forscher, der schwedische Flieger und sein Mechaniker auf Hilfe warten. (ZL.)